

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE)**

vom 15. Januar 2024 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 16. Januar 2024)

zum Thema:

Wofür werden die Haushaltsmittel 24/25 zur Arbeit gegen Antisemitismus im Bereich Kultur, Engagement, Religion ausgegeben?

und **Antwort** vom 23. Januar 2024 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 23. Jan. 2024)

Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Frau Abgeordnete Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE)

über

die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19 / 17 868

vom 15.01.2024

über **Wofür werden die Haushaltsmittel 24/25 zur Arbeit gegen Antisemitismus im Bereich Kultur, Engagement, Religion ausgegeben?**

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Die Senatsverwaltung für Kultur und gesellschaftlichen Zusammenhalt hat mit dem Beschluss des Haushaltes für 24/25 10 Millionen Euro zur Verfügung zur Arbeit gegen Antisemitismus: Wie werden die Mittel zwischen den Bereichen Kultur, Engagement und Religion aufgeteilt?

Zu 1.:

Der Haushaltsgesetzgeber hat die Mittel in Kapitel 0850, Titel 68406 (Bereich Engagement- und Demokratieförderung) veranschlagt. Genannt werden Maßnahmen gegen Antisemitismus und zur Förderung des interreligiösen Dialogs. Die Mittel sollen darüber hinaus zur Stärkung von Demokratie und gesellschaftlichem Zusammenhalt eingesetzt werden.

Geplant ist die Konzipierung eines Förderprogramms (Arbeitstitel: Berliner Demokratiefonds), in dessen Rahmen in verschiedenen Schwerpunktfeldern Mittel beantragt werden können.

Zu diesen Schwerpunkten sollen nach dem jetzigen Planungsstand unter anderem folgende Themen zählen:

- Dialog und Begegnung (z.B. in Nachbarschaften und zwischen unterschiedlichen Milieus)
- Freiwilliges Engagement und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger
- Politische und historische Bildung
- Kompetenz im Umgang mit Medien, im Erkennen von Desinformation und in der Nutzung von Künstlicher Intelligenz (KI)
- Stärkung der organisierten Zivilgesellschaft
- Empowerment und Schutz vor Diskriminierung
- Prävention und Zurückdrängung von Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus und anderen Phänomenen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit
- Stärkung der demokratischen Institutionen
- Forschungsvorhaben als Grundlage für faktenbasiertes Handeln

2. Wofür werden die Mittel im Bereich Kultur eingesetzt? Werden daraus z.B. die angekündigten Dialogformate zur Antisemitismusklausel und ihrer Umsetzung mit der fachkundigen Zivilgesellschaft aus Kultur und Antisemitismus-Arbeit finanziert?
3. Werden die Mittel für eine Stärkung der kulturellen Bildung eingesetzt? Naheliegender wäre auch eine Stärkung der Jugendkulturinitiative. Gibt es Planungen in diese Richtung?
4. Wofür werden die Mittel im Bereich Engagement eingesetzt? Gibt es eine Stärkung der Initiativen in der Arbeit gegen Rechts? Was ist mit Bildungsangeboten zum Thema Antisemitismus?
5. Wofür werden die Mittel im Bereich Religion/interreligiöser Dialog eingesetzt? Werden Formate im Gespräch mit der Zivilgesellschaft entwickelt?

Zu 2., 3., 4. und 5.:

Das geplante Programm soll grundsätzlich alle Bereiche der Gesellschaft adressieren. Konzeptionelle Details werden aktuell erarbeitet.

Geplant ist zudem die Förderung eines Projekts zur Unterstützung der Träger bei der Antragstellung sowie die Finanzierung eines Vorhabens zur Unterstützung der Vernetzung zwischen den geförderten Trägern.

Bei der Ausgestaltung der Förderrichtlinie sowie des Prozesses von der Beantragung der Mittel bis zur Umsetzung und Begleitung der geförderten Projekte sollen Akteure der Zivilgesellschaft aktiv einbezogen und zur Mitgestaltung eingeladen werden.

6. Gibt es eine konzeptionelle Zusammenarbeit mit der LADS?

Zu 6.:

Ja.

7. Wie erfolgt die Aufteilung der Mittel aus dem neuen Titel 68488 in Kapitel 0820 zur Stärkung der jüdischen Gemeindearbeit?

Zu 7.:

Zur Verwendung der Mittel zur Stärkung jüdischer Gemeindearbeit erfolgt eine Abstimmung mit den Beteiligten.

Berlin, den 23.01.2024

In Vertretung

Oliver Friederici
Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt